Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 5 Mk. zuzüglich Abtrag- bzw. Postgebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten, Briefträger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 74. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Dienstag, den 29. März 1927

Die „gelbe Gefahr".

Die chinesischen Wirren, vor allem die Ereignisse in Nanking, wo angeblich eine große Anzahl von Europäern und Amerikanern ihr Leben eingebüßt hat, veranlassen namentlich England, Japan und Frankreich zu einem noch schärferen Vorgehen in China. Aber auch Amerika hat sich dieser Verschärfung des Vorgehens anschließen müssen, weil bei den Unruhen in Nanking anscheinend viele Amerikaner ermordet worden sind. Man hatte ja dem amerikanischen Flottenführer völlig freie Hand gelassen und der Admiral ist denn auch rücksichtslos vorgegangen. Damit hat sich Amerika nun bedingungslos der Politik der anderen Mächte angeschlossen und angeblich soll die ganze pazifische Flotte der Vereinigten Staaten nach China gesandt werden, um dort eine große Kundgebung an der nord- und südchinesischen Küste zu veranstalten.

Es ist ja selbstverständlich, daß die kantonesischen Armeeführer alles daransetzen, vorläufig mit den fremden Mächten in keine militärischen Konflikte zu geraten. Ist es doch das Ziel der Südchinesen, zunächst einmal auch Nordchina in irgendeiner Form zu erobern oder zu gewinnen. Die Rolle des nordchinesischen Generals Tschangtsolin ist nach wie vor eine sehr unbestimmte und man scheint auf seiten der kantonesischen Führer sehr stark damit zu rechnen, daß es mit der Regierung in Peking und mit Tschangtsolin zu irgendeiner Einigung kommt. Trotzdem kann es nicht ausbleiben, daß es bei diesen Wirren zu Überfällen auf die Fremden kommt, wenn auch die Mächte schleunigst ihre Staatsangehörigen an die Küste heranzuholen, also aus dem bedrohten Innern zu entfernen versuchen. Nach wie vor ist ja in der kantonesischen Armee der innere Zwiespalt nicht überwunden, der sich daraus ergibt, daß zu dieser an und für sich rein nationalistischen Bewegung starke bolschewistische Elemente hinzugetreten sind. Dieser Bolschewismus wird nun hauptsächlich getragen durch die junge Intelligenz der chinesischen Studentenschaft. Man will aber auch hierbei von einem russischen Einfluß nicht viel wissen, obwohl sich die Sowjetregierung nach wie vor aufs eifrigste bemüht, die Hände im chinesischen Spiel zu behalten.

Durch eine etwaige Einigung zwischen dem Süden und dem Norden Chinas werden nun die japanischen und die nordamerikanischen Interessen stärker berührt als die englischen, die sich in der Hauptsache im reichsten Gebiet Chinas, im Becken des Jangtsekiangs, befinden. Man rechnet in Kanton damit, daß in der Mandschurei, also im Stammland Tschangtsolins, und im Rücken der Pekinger Regierung gleichfalls ein nationalistischer Aufstand ausbrechen und das Vordringen der Kantonesen auf Peking erleichtern wird. Gelingt es dann wirklich, China wieder zu einigen, den mit dem Sturze der Mandschu-Dynastie herbeigeführten Zwiespalt zwischen dem Süden und dem Norden zu beseitigen, so ist auch für die fremden Mächte in China eine ganz neue und nicht gerade sehr erfreuliche Situation geschaffen. Der Oberkommandierende der Kantonarmee ist ja recht deutlich geworden in einer Erklärung, die er unmittelbar nach seinem Eintreffen in Schanghai erlassen hat: Solange ungleiche Verträge zwischen China und den Großmächten beständen, würden die gegenseitigen Beziehungen unbefriedigend bleiben, und solange das chinesische Volk nicht sein volles Recht erhalte, werde es den Kampf fortsetzen. Das heißt nichts anderes, als daß China irgendwelche Sonderrechte der Fremdmächte nicht mehr dulden wird, damit also denselben Weg gehen will, den die Türkei mit Erfolg eingeschlagen hat. Wir Deutsche sind daran nicht mehr interessiert, weil wir für unsere Staatsangehörigen in China solche Sonderrechte seit Jahren nicht mehr in Anspruch nehmen.

Die Kantonregierung scheint aber doch nicht so ganz Herr jener bolschewistischen Unterströmungen zu sein. Die Waffe dieser Bewegung ist der Generalstreik, ein Mittel, das ja schon verschiedentlich mit vollstem Erfolg in Anwendung gebracht worden ist. Angeblich sollen aber die chinesischen Kommunisten sehr bald zu wirklichen Angriffen auf die Konzessionsgebiete der fremden Mächte in Schanghai überzugehen beabsichtigen —, kurz, die in China machtpolitisch interessierten Länder sehen sich einer Frage gegenüber, der sie mit Schiffskanonen und Landungskorps nicht restlos beikommen können. Der militärische Spaziergang des Jahres 1900 anläßlich des Boxeraufstandes ist heute nicht mehr möglich und die gelbe Gefahr ist keine Phantasie mehr, sondern Tatsache. China hat aufgehört, Kolonialland zu sein.

Keine Untersuchungskommission für Albanien.

Politischer Bombenanschlag in Jugoslawien.

Die Mächte setzen ihre Bemühungen fort, zwischen Italien und Jugoslawien eine Verständigung herbeizuführen. Wie es scheint, ist nunmehr doch der Gedanke, eine Untersuchungskommission nach dem Balkan zu entsenden, vorläufig fallengelassen worden. Die jugoslawische Regierung sträubt sich nämlich dagegen, daß die Untersuchung ausschließlich an der südslawischen Grenze Albaniens angestellt werden soll. Andererseits will Italien es nicht zulassen, daß auch die angeblich gegen Südslawien gerichteten militärischen Vorbereitungen in Albanien festgestellt werden. Die jüngsten Vorschläge an die beiden streitenden Mächte gehen nun dahin, daß Italien und Jugoslawien in direkte Verhandlungen über den Streitfall eintreten, um in diplomatischen Besprechungen untereinander eine gütliche Verständigung zu erreichen zu suchen.

*

In Neusatz in Jugoslawien versuchten unbekannte Täter, das ungarische Kasino durch eine Ekrasitbombe in die Luft zu sprengen. Infolge der Explosion sind zwei Zwischenmauern eingestürzt, sämtliche Fensterscheiben des Gebäudes und der Häuser der Umgebung zertrümmert. Die Polizei hat zwei Mitglieder der Orjuna-Organisation, unter ihnen den Journalisten Raffaitsch Bogoljub, verhaftet. Die Angelegenheit hat in der Stadt große Erregung hervorgerufen.

Tödliche Sportunfälle.

Ein unglücklicher Rekordsprung, verhängnisvoller Boxhieb.

Der Schwimmer Lamberg, der in Hamburg von einem 54 Meter hohen Turm einen Sprung in die Elbe ausführen wollte, kam beim Abspringen nicht ganz glücklich ab, kippte in halber Höhe um, verlor das Gleichgewicht und schlug halb auf die Wasserfläche auf. Er kam nicht wieder an die Oberfläche.

In Alt-Haldensleben erhielt der Gießer Wilhelm Niemann während eines Boxkampfes in der Turnhalle von seinem Partner einen derartigen Schlag vor den Unterleib, daß Darmzerreißungen erfolgten, die den Tod des jungen Mannes verursachten.

Englisch-französische Reibereien in China.

Frankreichs Niederlassung in Schanghai gefährdet.

England soll helfen.

In Schanghai soll es zu starken Unstimmigkeiten zwischen Franzosen und Engländern gekommen sein. Die Franzosen, die sich in Schanghai sehr schwach fühlen, sollen an die Engländer herangetreten sein, ihnen Truppen für die Verteidigung der französischen Konzession in Schanghai zur Verfügung zu stellen. Die Engländer wollen dies jedoch nur unter der Bedingung tun, daß sie die Oberleitung übernähmen, was die Franzosen bisher abgelehnt hätten.

Über die pessimistische Stimmung in der französischen Konzessionszone bringen die Pariser Blätter ausführliche Nachrichten. Danach hatte man in französischen Kreisen Schanghais geglaubt, daß die Chinesen einen Unterschied zwischen den französischen Interessen und den Interessen der Nachbarn machen würden. Als die Ereignisse sich verschlimmerten, habe man diese Meinung nicht aufrechterhalten können. Das „Journal" glaubt, behaupten zu können, daß die französische Konzessionszone schwer zu verteidigen sei; denn während die internationale Kolonie von Schanghai von ungefähr 15 000 Mann, die hinter seit langem errichteten Verschanzungen lägen, verteidigt werde, sei die französische Konzession nur durch etwa 4000 Bajonette geschützt. Die französischen Untertanen hätten sich deshalb erregt und den Konsul angerufen. Dieser habe sich um den Beistand der kleinen englischen Armee bemüht. Das „Journal" ist der Ansicht, daß die französische Konzessionszone in Schanghai geräumt werden müsse. Zwei besonders ernste Tatsachen ergäben sich aus den letzten Schanghaier Nachrichten. Die erste beweise, daß die Verteidigungsmittel der französischen Konzessionszone ungenügend seien. Die zweite zeige, daß zwischen der französischen Konzessionszone und der internationalen Zone Mißverständnisse bestünden.

In Schanghai hat sich die Lage dadurch verschärft, als jetzt auch die französische Niederlassung stark gefährdet ist.

*

Nach einer Agenturmeldung aus Schanghai hat der Kommandant der Kantontruppen, General Tschangkaischek, den Vertretern der Mächte ein Memorandum überreicht, in dem er die Abschaffung der Sonderrechte und der ungerechten Verträge fordert.

Die französische Konzession in Schanghai unter englischem Schutz.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

London, 28. März. Nach Meldungen aus Schanghai hat nunmehr der britische Oberkommandierende Duncan die Befehlsgewalt in der französischen Konzession übernommen. Britische und amerikanische Marinesoldaten haben Befehl erhalten, im Notfalle auch die französische Konzession zu verteidigen. Wie die englischen Blätter melden, sollen in Schanghai noch immer kommunistische Agitatoren am Werke sein, um die Einwohner Schanghais zu einem Sturm auf die ausländischen Konzessionen zu veranlassen. Tschangkaischek hat an seine Truppen einen neuen Befehl erlassen, jeden Angriffsversuch auf die fremden Niederlassungen zu verhindern.

Demonstration in Nanking.

Rückgabe der Konzessionen gefordert.

In Nanking hat eine Demonstration stattgefunden, an welcher ungefähr 30 000 Personen teilnahmen. Es wurden Resolutionen angenommen, in welchen die sofortige Übergabe der ausländischen Niederlassungen unter Androhung eines Generalstreiks verlangt wird.

Die infolge der Unruhen und Feuergefechte aus Nanking geflüchteten Fremden sind in Schanghai angekommen. Sie befanden sich in einem bedauernswerten Zustande und waren zum Teil nur notdürftig bekleidet. Manche haben buchstäblich nur das nackte Leben gerettet. Die Flüchtlinge gaben herzzerreißende Schilderungen von ihren Erlebnissen in den Händen der Kantontruppen.

Wie der „Times"-Korrespondent aus Peking berichtet, bezeichnete Tschangtsolin in einem Presse-Interview die Nankinger Tragödie als einen von Sowjetrußland inspirierten Akt. Er erklärte, daß er die ausländischen Gesandten schon vor einiger Zeit gewarnt habe, daß ernste anti-ausländische Entwicklungen zu erwarten seien, da Sowjetrußland das Geld für die revolutionäre und antirevolutionäre Bewegung in China kompensiert habe. Die fremden Mächte seien größtenteils für die Lage selbst verantwortlich zu machen, und zwar erstens wegen ihrer schwankenden Politik China gegenüber im allgemeinen; zweitens wegen ihrer gescheiterten Bemühungen, irgendwelche Schritte zu unternehmen, dem Bolschewismus entgegenzutreten, und drittens wegen ihrer Bereitwilligkeit, angesichts all dieser Drohungen und Angriffe mit dem Süden zu verhandeln.

Japanische Flottendemonstrationen an der chinesischen Küste.

Wie aus Tokio gemeldet wird, hat die japanische Regierung beschlossen, mehrere Kreuzer nach Tsingtau zu entsenden und ferner acht weitere Zerstörer nach Schanghai. Des weiteren wird ein japanisches Geschwader, bestehend aus vier Schlachtkreuzern, 17 Kreuzern, 19 Zerstörern und 7 Unterseebooten, eine Fahrt entlang der Küste nördlich von der Mündung des Yangtse unternehmen. Zwei Schlachtkreuzer, acht Kreuzer, 23 Zerstörer und 12 Unterseeboote werden die Häfen zwischen Amoy und Macao angeblich für Manöver besuchen.

Deutscher Reichstag.

(298. Sitzung.) CB. Berlin, 28. März.

Ein Haftbefehl gegen den Abg. Thabor (Soz.) wurde dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen. Das Haus trat dann in die zweite Lesung des

Haushalts des Reichswehrministeriums

ein. Abg. Stücklen (Soz.) gab einen Überblick über die Ausschußverhandlungen. Die Reichswehr allein erfordere in diesem Jahre einen Zuschuß von 475, die Marine einen von 223 Millionen Mark. Der Minister hätte im Ausschuß erklärt, er brauche keinen Staatssekretär. Seine Vertreter seien der Chef der Heeresleitung und der Chef der Marineleitung. Die Mehrheit des Ausschusses habe sich damit einverstanden erklärt und sowohl die Heeresleitung als auch die Mehrheit des Ausschusses sei der Ansicht gewesen, daß die Republik sich auf die Reichswehr verlassen könne.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF